



Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ e. V.

Bahnhofstr. 27 48683 Ahaus – Postfach 1165 48661 Ahaus
Vorwahl: 02561 Tel.: 961791 FAX: 961792 INFOLINE: 961799
Homepage: www.bi-ahaus.de www.facebook.com/biahaus E-mail: mail@bi-ahaus.de
Bankverbindung: IBAN: DE35 4015 4530 0059 5640 21 BIC: WELADE3WXXX

Liebe Teilnehmer*innen an der Friedensfahrradtour 2018,
liebe Besucher*innen der Kundgebung in Jülich,

die Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ sendet Euch solidarische Grüße und wünscht Eurer Aktion einen guten Verlauf.

Die BI Ahaus wehrt sich seit über 40 Jahren gegen die zivile Nutzung der Atomkraft und insbesondere gegen den Betrieb des Atommüll-Lagers in Ahaus. Die Nutzung der Atomenergie zur Energieerzeugung ist aus vielen Gründen nicht verantwortbar, vor allem wegen der nicht kalkulierbaren Unfallrisiken und wegen der Produktion von Atommüll, der für Jahrtausende eine Belastung zukünftiger Generationen bedeutet.

Wir haben aber auch seit vielen Jahren an Aktionen der Friedensbewegung teilgenommen, wie z.B. am jährlich stattfindenden Gronauer Ostermarsch. Denn wir wissen genau: Die zivile und militärische Nutzung der Atomkraft sind zwei Seiten derselben Medaille. Die sogenannte „friedliche Nutzung“ der Atomenergie ist überhaupt nur als ein Abfallprodukt der militärischen Forschung entstanden. Und noch heute wird sie in vielen Staaten nur praktiziert, um sich ein Schlupfloch für eine spätere militärische Nutzung offen zu halten, während sie als Energiequelle eher überflüssig und obendrein viel zu teuer ist.

Auch wir in Ahaus sind von der Verquickung ziviler und militärischer Nutzung der Atomenergie ganz aktuell und unmittelbar betroffen:

- Das wird deutlich bei einem akuten Problem, mit dem wir in Ahaus konfrontiert sind und das mit dem heutigen Standort Eurer Zwischenkundgebung zu tun hat: der geplanten Einlagerung der ausgedienten Kugel-Brennelemente aus dem Versuchsreaktor AVR Jülich im Zentralen Zwischenlager in Ahaus. Während des Betriebs des AVR hat es zahlreiche gravierende Störfälle gegeben, die teilweise vertuscht worden sind. Der Zustand der Kugel-BE ist nicht ordnungsgemäß dokumentiert, so dass niemand genau weiß, was sich in den einzelnen Behältern befindet. Klar ist nur, dass darunter auch hochangereichertes waffenfähiges Material ist und dass weder Behälter noch BE in der vorliegenden Form endlagerfähig sind. Da in Ahaus keine Bearbeitung möglich ist, wären weitere Transporte zu einer anderen Einrichtung und von dort wieder zu einem Endlager nötig. Sinnvoll und verantwortbar wäre es daher, dass die Behälter in Jülich bleiben und die für die Entstehung diesen Mülls verantwortlichen Wissenschaftler sich dort um ein Verfahren für eine endlagergerechte Konditionierung, das bis heute nicht existiert, bemühen. In dieser Zielsetzung sind wir uns einig mit den Bürgerinitiativen und Umweltschutzverbänden in ganz Deutschland, auch mit den in Jülich ansässigen Initiativen, denen unser solidarischer Gruß ebenfalls gilt! Aber das Forschungszentrum Jülich (FZJ) weigert sich, eine erdbebensichere Lagerhalle vor Ort zu errichten und will stattdessen den von seinen Leuten produzierten Müll einfach loswerden, weil die Lagerung vor Ort ihr Image als Wissenschaftsstandort gefährde. Wissenschaft, die für die Folgen ihres Tuns nicht geradestehen will, ist aber verantwortungslos!

Und was macht die Bundesumweltministerin? Als sie noch in NRW Wissenschaftsministerin war, hat sie vor dem Landtag beteuert, dass der Atommüll aus Jülich nur noch einmal transportiert werden solle, nämlich zu einem Endlager – das war im Jahr 2012. Die Konsequenz wäre also die Errichtung eines Lagers in Jülich gewesen, das den aktuellen Sicherheitsanforderungen genügt. Jetzt aber hat Frau Schulze unserer Bürgerinitiative mitgeteilt, dass es nur darum gehe, wohin der Müll am schnellsten gebracht werden könne – und das sei entweder ein Transport nach Ahaus oder in die USA. Das ist eine Politik nach dem Motto „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern!“ Das ist für uns nicht akzeptabel, der Transport nach Ahaus genauso wenig wie der in die USA: Denn wir können unsere hier erzeugten Probleme nicht einfach exportieren!

- Ein weiteres Problem, das die Verquickung von ziviler und militärischer Nutzung der Atomenergie zeigt: Ab nächstem Jahr sollen die ausgedienten Brennelemente aus dem Forschungsreaktor FRM II in Garching bei München nach Ahaus gebracht werden. Dieser Reaktor wird entgegen internationaler Vereinbarungen, die schon seit Ende der 70er Jahre existieren, bis heute mit hochangereichertem und damit waffenfähigem Uran betrieben. Auch die ausgedienten Brennelemente sind mit 87% noch hochangereichert. Schon seit 2001 gibt es Forderungen der Reaktor-Sicherheitskommission (RSK), wenigstens diese Brennelemente vor ihrer Endlagerung abzureichern. Aber die Betreiber des FRM II haben dies schlichtweg ignoriert. Der Inhalt eines einzigen Castor-Behälters mit diesen Elementen reicht aber aus, um 5 Atombomben vom Typ Hiroshima zu produzieren. Ahaus würde damit zu einem hochinteressanten Ziel für Terroristen, welcher Herkunft auch immer. In einem Gutachten des Instituts für Sicherheits- und Risikowissenschaften (ISR), erstellt im Auftrag des Nationalen Begleitgremiums im Dezember 2017, wird ausdrücklich betont, dass das Zwischenlager in Ahaus nicht dem Standard für die Lagerung von Waffenmaterial entspricht. Auch deshalb werden wir uns gegen die Verbringung dieser BE nach Ahaus wehren.

Eine unrühmliche Rolle spielt in dieser Angelegenheit wiederum die Bundesumweltministerin Svenja Schulze: In der Antwort auf die Kleine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Hubertus Zebel hat sie jetzt gerade (13.07.18) erklären lassen, dass es in Deutschland überhaupt keine Anlagen gebe, um aus den FRM II-Brennelementen waffenfähiges Material herzustellen. Eine Abreicherung bzw. Konditionierung sei deshalb nicht nötig. Damit ignoriert Frau Schulze die Bedenken der RSK ebenso wie die des ISR-Gutachtens. Die Sicherheit der Bevölkerung ist ihr offenbar egal!

Wir aber fordern:

- Keine Transporte von hochradioaktivem Müll aus Garching und Jülich nach Ahaus!
- Übernahme von Verantwortung für diesen Müll durch diejenigen wissenschaftlichen Einrichtungen, die ihn produziert haben: Und das heißt Lagerung und Entwicklung von Konditionierungsmaßnahmen vor Ort, in Garching und in Jülich!
- Die Bundesumweltministerin muss sich endlich ihrer Verantwortung stellen und darf sich nicht vor den realen Problemen davonstehlen!